



## **DRINGLICHE INTERPELLATION**

**der Grossräte Pascal Rey, PDCC, und René Constantin, PLR, sowie der Grossrätinnen Marylène Volpi Fournier, ADG (SPO-PS-VERTS-PCS), und Graziella Walker Salzmann, CSPO, betreffend Personalmanagement der 5500 Lehrpersonen innerhalb des DEKS ab dem 1. September 2012 (12.06.2012) 3.154**

Dringlichkeitskriterien:

**Aktualität des Ereignisses:** Inkrafttreten der Gesetze über die Besoldung und über das Statut des Lehrpersonals am 1. September 2012.

**Unvorhersehbarkeit:** Die gebildete Arbeitsgruppe hat die Ergebnisse ihrer Überlegungen zwei Monate vor Beginn des neuen Schuljahres noch nicht bekannt gegeben. Offensichtlich wurden vom DEKS keine bekannten und effizienten Schritte unternommen, um einen Personalmanagement-Pool für die rund 5'500 Lehrpersonen zu schaffen.

**Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion oder Massnahme:** Die zahlreichen Bestimmungen, die vorgesehen, umgesetzt und sowohl den Gemeinden und den Schuldirektionen als auch den betroffenen Personen selbst innert Kürze kommuniziert werden müssen, erfordern sofortiges Handeln.

Am kommenden 1. September werden die Gesetze über die Besoldung und das Statut des Lehrpersonals in Kraft treten. Die Unmenge diesbezüglicher Verordnungen muss erst noch dem Staatsrat zur Genehmigung unterbreitet werden, um auch rechtzeitig zum Schulbeginn in Kraft treten zu können.

Von diesem Zeitpunkt an müssen die 1'600 bereits kantonalisierten Lehrpersonen der Kollegien, Handelsschulen, Diplommittelschulen und Berufsfachschulen eine neue Anstellungsverfügung erhalten, da sie neuen Gesetzen unterworfen sein werden. Das Gleiche gilt für die Lehrpersonen der obligatorischen Schulzeit (Primarschule und OS). Das sind 4'000 weitere Personen.

Es liegt auf der Hand, dass dieses ganze Vorgehen für die Lehrpersonen der postobligatorischen Schulzeit etwas weniger kompliziert sein wird, da sie bereits kantonalisiert sind. Der administrative Aufwand ist aber nicht zu vernachlässigen, vor allem nicht was die Lehrpersonen der Berufsfachschulen anbelangt, deren Besoldungsklassen ändern werden. So wird jedes Dossier neu beurteilt werden müssen.

Auch wenn es eine Regelung zwischen den Gemeindeverbänden und dem DEKS gegeben hat, bleibt die operationelle Verwaltung im Bereich der obligatorischen Schulzeit Sache der Direktionen (sofern vorhanden), und die administrative Verwaltung bleibt Sache des DEKS – was die Interpellanten beunruhigt. Unhseres Wissens wurden für das allgemeine Personalmanagement dieser 4'000 Lehrpersonen nämlich keinerlei Ressourcen vorgesehen.

Es ist durchaus verständlich, dass die Supervision der Weiterbildung oder die Beobachtung der Personalzufriedenheits-Indikatoren keine Priorität für den 1. September 2012 sind und dass sich diese aus dem Gesetz über die Primarschule ergeben werden, das gegenwärtig in der Vernehmlassung ist. Beim Recht der Walliser Lehrpersonen auf die Datensicherheit bei ihrer Neuanstellung, die sich infolge dieser neuen Gesetze oder infolge der kantonalen Harmonisierung der Praktiken in Sachen Krankheit, Mutterschaft, Tod, Kinderbetreuungskosten, Dienste des Roten Kreuzes, Treueprämien oder Erfahrungsanteile ergeben werden, verhält es sich aber anders.

Die Nähe der Direktionen zu den Lehrpersonen ist zwar ein Vorteil, doch scheint es dem Grundsatz der Gleichbehandlung zuwider zu laufen, wenn den Schuldirektionen alle Verwaltungskompetenzen übertragen werden. Schliesslich wollte das Parlament die Gleichbehandlung fördern und das Lehrpersonal der 143 Walliser Gemeinden unter ein und demselben administrativen und pädagogischen Dach vereinen.

Der Staatsrat hat eine Arbeitsgruppe damit beauftragt, Überlegungen zu dieser Problematik anzustellen. Die Vorschläge dieser Arbeitsgruppe lassen allerdings auf sich warten – obschon sich das aktuelle Schuljahr zu Ende neigt und das kommende gegenwärtig durch Neuanstellungen und Klasseneinteilungen organisiert wird.

Schlussfolgerung:

Daher wollen wir vom Staatsrat Folgendes wissen:

Wie können wir sicher gehen, dass die Behandlung der Daten der Lehrpersonen für das neue Schuljahr korrekt erfolgt?

Wird es in dieser Übergangsphase für die Gemeinden beziehungsweise die Direktionen und die Lehrpersonen selbst eine Ansprechperson beim DEKS (Personalmanagement) geben?

Wie gedenkt das DEKS eine kantonale harmonisierte Personalmanagement-Politik zu gewährleisten?

Gibt es eine Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Personalmanagement des DFIG?

Besteht die Absicht oder sogar der Wille, eine Dienststelle oder ein Amt für Personalmanagement innerhalb des DEKS zu schaffen?

Sitten, den 12. Juni 2012  
(09.45 Uhr)

Pascal Rey, Grossrat, PDCC  
René Constantin, Grossrat, PLR  
Marylène Volpi Fournier, Grossrätin,  
ADG (SPO-PS-VERTS-PCS)  
Graziella Walker Salzmänn, Grossrätin, CSPO